

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2013

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 26.08.2013,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr	außer TOP 15
Herr Thomas Bellizzi	
Frau Doris Brandt	
Herr Christian Conring	
Herr Claas-Christian Dähnhardt	
Herr Jürgen Eckert	
Herr Peter Egan	
Herr Jörg Hansen	
Frau Anna-Margarete Hengstler	bis TOP 10 tlw.
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann	
Herr Dustin Holzmann	
Herr Tobias Koch	
Herr Dirk Langbehn	
Herr Detlef Levenhagen	
Frau Monja Löwer	
Herr Hartmut Möller	
Frau Marleen Möller	
Frau Susanne Philipp-Richter	
Herr Jochen Proske	
Herr Bela Randschau	
Herr Achim Reuber	
Herr Hinrich Schmick	
Frau Karen Schmick	
Herr Christian Schmidt	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	
Herr Matthias Stern	bis TOP 10 tlw.
Herr Michael Stukenberg	
Frau Doris Unger	

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lara Gerecke

Vorsitzende Kinder- u. Jugend-
beirat bis 22:10 Uhr

Herr Christof Schneider

Vorsitzender Seniorenbeirat bis
TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Herr Thomas Reich

Herr Horst Kienel

Frau Meike Niemann

Frau Angelika Andres

Herr Mathias Hirsch

Veranstaltungstechnik

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rafael Haase

Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2013 vom 17.06.2013
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1 Finanzbericht Nr. 06/2013
 - 5.2 Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Behindertenbeirates
 - 5.3 15-jähriges Bestehen des Kinder- und Jugendbeirates
 - 5.4 Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule - 7. Platz beim Bundeswettbewerb Schule
 - 5.5 Kanalsanierung 2013
 - 5.6 Aufnahmen des NDR im Rathaus "Denkmalschutz"
6. Antrag auf Erhöhung der Anzahl der Ausschusssitze im Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss, Hauptausschuss, Finanzausschuss und Werkausschuss um 2 Sitze AN/027/2013
7. Besetzung von Ausschüssen
 - 7.1 Besetzung der Ausschusssitze im Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss, Hauptausschuss, Finanzausschuss und Werkausschuss um weitere 2 Sitze unter der Voraussetzung der Zustimmung zu dem Antrag AN/027/2013
 - 7.2 Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/028/2013**
 - 7.3 Antrag der FDP-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen **AN/030/2013**
8. Bau der Kindertageseinrichtung Erlenhof - Neue Zeitplanung und Risiken **2013/065/1**
9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 95 d GO für Personalersatz in der Kindertageseinrichtung Pionierweg **2013/091**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 10. | Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2013
- Beschluss über den 1. Nachtragsstellenplan 2013 | 2013/085 |
| 11. | Stiftung Schloß Ahrensburg
- Umwidmung der Zustiftung in einen Zuschuss für 2013 | 2013/080 |
| 12. | Zuschuss zum Schleswig-Holstein Amateur-Jazz-Festival
2014 in Ahrensburg | 2013/081/1 |
| 13. | Änderung der rechtlichen Grundlage der Stadt dahingehend,
dass Zirkusse, die Wildtiere besitzen, keine Genehmigung
erhalten | AN/032/2013 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Uwe John bemängelt, dass Schreiben von Bürgern an die Verwaltung teilweise erst nach 2 bzw. 3 Monaten beantwortet werden würden, ohne dass ein Zwischenbescheid erteilt werde. Er schlägt vor, dass die Verwaltung innerhalb von 8 Tagen mit einem Zwischenbescheid antwortet und für jeden späteren Tag der Erteilung des Zwischenbescheides der Sachbearbeiter dem Bürger 1 € zahle. Eine Beantwortung seiner Anfrage bezüglich seiner Stiftung stehe bis zum heutigen Tage aus.

Darüber hinaus sei bei Beschlüssen nicht nachvollziehbar, wie welche Fraktion abgestimmt habe.

Der ADFC habe sich im Rahmen des Stadtradelns sehr engagiert. Ist jemand von der Verwaltung bzw. von der Politik auf dem Rondell gewesen, um die Aktion zu begrüßen?

Bürgermeister Sarach erklärt, dass der Grundsatz gilt, dass innerhalb von 14 Tagen ein Zwischenbescheid zu erteilen ist, zumal die Bearbeitung zu einzelnen Fragen gelegentlich länger dauern kann. Er wird den Hinweis von Herrn John als Anlass nehmen, auf diese grundsätzliche Regelung im Hause noch einmal hinzuweisen und sie entsprechend durchsetzen. Zu der Frage, ob Beschlüsse nach dem Abstimmungsverhalten einzelner Stadtverordneter dokumentiert werden, hat es nach Diskussion in den Gremien keine Mehrheit gegeben.

Bürgermeister Sarach hat mit dem Vorsitzenden des ADFC eine Infoveranstaltung für die Presse im Rathaus durchgeführt, sodass eine Berichterstattung in den Medien erfolgte. Auch Mitarbeiter der Verwaltung haben sich dieser Aktion angeschlossen.

Anmerkung der Verwaltung zu der Anfrage von Herrn John:

Im Rahmen der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung wird mit dem Verlaufsprotokoll grundsätzlich die Auffassung jeder Fraktion dargelegt.

Gemäß Niederschrift Nr. 05/2013 vom 17.06.2013, TOP 21, letzter Absatz, wurden Fragen eines Bürgers schriftlich beantwortet und sollten in der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben werden. Der Schriftverkehr ist als **Anlage** zur Kenntnis beigelegt.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten stimmen der Behandlung der Tagesordnungspunkte TOP 14 „Grundstücksangelegenheit – Vorlagen-Nr. 2013/026/2“, TOP 15 „Vorschläge für die Wahl von Schöffeninnen und Schöffen für die Geschäftsjahr 2014 – 2018 – Vorlagen-Nr. 2013/090“, und TOP 16 „Erlass von Gewerbesteuerforderungen – Vorlagen-Nr. 2013/060“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Stadtverordneten zu.

Abstimmungsergebnis:	28 dafür 1 Enthaltung
-----------------------------	--

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit 15.08.2013 versandten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:	Alle dafür
-----------------------------	-------------------

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2013 vom 17.06.2013

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1 Finanzbericht Nr. 06/2013

Bürgermeister Sarach stellt den als **Anlage** beigelegten Finanzbericht Nr. 06/2013 vor.

5.2 Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des Behindertenbeirates

Bürgermeister Sarach gratuliert zur Wahl des neuen Vorsitzenden des Behindertenbeirates, Herrn Claus Steinkamp, und dem Stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Angelius Krause, zur Wiederwahl.

5.3 15-jähriges Bestehen des Kinder- und Jugendbeirates

Bürgermeister Sarach gratuliert dem Kinder- und Jugendbeirat zu seinem 15-jährigen Bestehen.

5.4 Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule - 7. Platz beim Bundeswettbewerb Schule

Die Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule hat bei dem Bundeswettbewerb „Starke Schule“ den 7. Platz belegt. Die wesentlichen Kriterien für den Titel „Starke Schule“ sind innovative Schulkonzepte, die partnerschaftliche Zusammenarbeit verschiedener Akteure, die Vermittlung fachlicher und sozialer Kompetenzen sowie eine gelungene Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler. An dem Wettbewerb haben sich rd. 700 Schulen bundesweit beteiligt.

Der 1. Platz ging an die Mittelschule an der Wiesentfelser Str. in München. Der 2. Platz an die Lobdeburgschule, Jena, und der 3. Platz an die Johann-Amis-Comenius-Schule in Kassel.

5.5 Kanalsanierung 2013

Bürgermeister Sarach berichtet, dass es sich bei den anstehenden Kanalsanierungsmaßnahmen um eine geschlossene Sanierung im Inliner-Verfahren handelt.

Die Sanierungsstrecken umfassen den Reesenbüttler Redder im Abschnitt vom Timm-Kröger-Weg bis zum Föhrenstieg und die Adolfstraße im Abschnitt zwischen Hamburger Straße und Klaus-Groth-Straße.

Im Zuge der Arbeiten werden ca. 1.020 m Hauptkanal mittels GFK-Inliner (glasfaserverstärkter Kunststoff) und ca. 60 Grundstücksanschlussleitungen mittels Nadelfils-Inliner saniert. Die zu sanierenden Rohrleitungen weisen eine Vielzahl von Wurzeleinwüchsen und Rissbildungen auf.

Die Gesamtsanierungskosten belaufen sich auf rd. 400.000 €. Für die Grundstückseigentümer bestehen keine zusätzlichen Kosten. Die Kosten werden durch die Gebühren abgedeckt.

5.6 Aufnahmen des NDR im Rathaus "Denkmalschutz"

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die Aufnahmen des NDR zum Denkmalschutz im Rathaus aus technischen Gründen nicht verwertbar sind und diese deshalb wiederholt werden sollen.

6. **Antrag auf Erhöhung der Anzahl der Ausschusssitze im Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss, Hauptausschuss, Finanzausschuss und Werk-ausschuss um 2 Sitze**

Stadtverordneter Bellizzi stellt den gemeinsamen Antrag der FPD-Fraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor (AN/027/2013). Er beantragt, „die Anzahl der Ausschussmitglieder im Bildungs-, Haupt-, Finanz- und Werkausschuss um 2 Sitze von bisher 7 auf 9 Sitze zu erhöhen. Der 6. Änderung der Hauptsatzung wird, wie als **Anlage 1** beigelegt, zugestimmt. Die Umsetzung soll sofort erfolgen.“

In der neuen Wahlperiode sei die Stadtverordnetenversammlung aufgrund des Wegfalls von Überhang- und Ausgleichsmandaten geschrumpft. Parallel dazu seien die Aufgabenentscheidungen, die an die Stadtverordneten gestellt werden, gestiegen. Um eine fundierte Ausschussarbeit zu leisten und die vielen verschiedenen Themen fachgerecht und mit der notwendigen Gründlichkeit zu bearbeiten sowie die Funktionsfähigkeit der Ausschüsse zu erhalten, sei eine Erhöhung der Ausschussmitglieder auf 9 Vollmitgliedern in allen Ausschüssen zwingend notwendig. Gleichzeitig werde hierdurch auch das ehrenamtliche Engagement der Stadtverordneten gestützt und gestärkt.

Bürgermeister Wilde erklärt, dass unter der Voraussetzung der Zustimmung zu diesem Antrag eine Umsetzung erst nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht und Bekanntgabe der 6. Änderungssatzung der Hauptsatzung erfolgen kann.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass in den 7-er Ausschüssen in der Vergangenheit fachgerecht und effizient gearbeitet worden sei. Die Erhöhung der Ausschusssitze hätte bei nicht fachgerechter Arbeit auch in der vergangenen Wahlperiode im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Ausschüssen diskutiert werden können. Die Mitgliederzahl in den Ausschüssen hänge von den Entscheidungskompetenzen des jeweiligen Ausschusses ab, Ausschüsse mit einer geringeren Mitgliederzahl hätten weniger abschließende Entscheidungskompetenzen. Ausschließlich die bevorteilten Fraktionen hätten diesen Antrag gestellt.

Stadtverordneter Schubert-von Hobe plädiert dafür, aufgrund der verschiedenen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen die 7-er Ausschüsse um 2 Mitglieder zu erhöhen. Dies bedeute auch eine Reduzierung der Arbeit der Verwaltung, da Beschlüsse der 7-er Ausschüsse nicht in die Stadtverordnetenversammlung gezogen werden müssten. Die gewählten Mitglieder der neuen Wahlperiode müssten auch die Richtlinien für deren Arbeit festsetzen. Kleine Fraktionen würden nicht in sämtlichen Ausschüssen ein Stimmrecht erhalten.

Stadtverordneter Egan lehnt im Namen der WAB-Fraktion die Erhöhung der Anzahl der Ausschussmitglieder ab, da der Proporz in den Ausschüssen nicht den Wahlergebnissen **gem. Anlage 2** entsprechen würde. Die von den Bürgern gewählten Mehrheiten würden nicht in den Ausschüssen widerspiegelt werden. Die Begründung des Antrages sei nicht nachvollziehbar, in dieser Wahlperiode würden 3 Stadtverordnete weniger zur Verfügung stehen, gleichzeitig benötige man nicht mehr Ausschusssitze. 9-er Ausschüsse seien nicht effizienter.

Stadtverordneter Dr. Hoffmann stellt fest, dass die Aufgaben und Entscheidungen der Gremienmitglieder im Werkausschuss in der Vergangenheit nicht gestiegen seien.

Stadtverordneter Schmick erklärt, dass in der Vergangenheit in den Ausschüssen positiv gearbeitet worden sei und er auch aus Kostengründen keinen Grund sehe, die Ausschusssitze in den 7-er Ausschüssen auf 9-er Ausschüsse zu erhöhen. Im Gegenteil sollte man sich darüber Gedanken machen, Ausschüsse zusammenzulegen. Die FDP-Fraktion habe durch die Erhöhung der Ausschusssitze doppelt so viel Stimmen wie sie nach dem Wahlergebnis gehabt hätte.

Stadtverordneter Stern fügt ergänzend hinzu, dass durch das neue Wahlrecht im Sainte-Lagué-Verfahren eine Bevorzugung der kleineren Parteien bei den Wahlergebnissen erfolgt sei. Durch die Erhöhung der Mitgliederzahl in den Ausschüssen würden die kleinen Fraktionen nochmals begünstigt werden.

Stadtverordneter Proske stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion im Hinblick auf die Widerspiegelung der Mehrheitsoptionen in der Stadtverordnetenversammlung in den 7-er Ausschüssen zu.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Langbehn und Bellizzi.

Dem Antrag der Stadtverordneten Schmick auf Schließung der Rednerliste wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Anschließend wird wie folgt über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt:

„Die Anzahl der Ausschussmitglieder im Bildungs-, Haupt-, Finanz- und Werkausschuss wird um 2 Sitze von bisher 7 auf 9 Sitze erhöht. Der 6. Änderung der Hauptsatzung wird, wie als Anlage 1 beigefügt, zugestimmt. Die Umsetzung soll sofort erfolgen.“

Abstimmungsergebnis:

15 dafür

14 dagegen

Anmerkung der Verwaltung:

Die Umsetzung erfordert die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht und die Bekanntgabe der 6. Änderungssatzung der Hauptsatzung. Es erfolgt eine umgehende Information der Fraktionsvorsitzenden, sobald diese Voraussetzungen vorliegen.

7. Besetzung von Ausschüssen

AN/027/2013

7.1 Besetzung der Ausschusssitze im Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss, Hauptausschuss, Finanzausschuss und Werkausschuss um weitere 2 Sitze unter der Voraussetzung der Zustimmung zu dem Antrag

Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die FDP-Fraktion beantragen folgende Besetzung der Ausschüsse auf der Grundlage des Tagesordnungspunktes 6 dieser Niederschrift „Erhöhung der Anzahl der Ausschusssitze in den 7-er Ausschüssen“:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

„Zusätzliches Mitglied im **Hauptausschuss** wird Frau Monja Löwer
Zusätzliches Mitglied im **Finanzausschuss** wird Herr Volker Hielscher
Zusätzliches Mitglied im **Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss** wird Frau Cordelia Koenig
Zusätzliches Mitglied im **Werkausschuss** wird Frau Monja Löwer“

FDP-Fraktion:

Hauptausschuss:	Herr Thomas Bellizzi als ordentliches Mitglied. Herr Michael Stukenberg als Vertreter
Finanzausschuss:	Herr Dr. Bernd Buchholz als ordentliches Mitglied Herr Michael Stukenberg, Herr Thomas Bellizzi und Herr André Hauschildt als Vertreter
Bildungsausschuss:	Herr André Hauschildt als ordentliches Mitglied Herr Thomas Bellizzi und Herr Michael Stukenberg als Vertreter
Werkausschuss:	Herr Michael Stukenberg als ordentliches Mitglied Herr Thomas Bellizzi, Herr Dr. Bernd Buchholz und Herr André Hauschildt als Vertreter“

Abstimmungsergebnis:	15 dafür 14 Enthaltungen
-----------------------------	---

**7.2 Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung von Aus- AN/028/2013
schüssen**

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag der WAB-Fraktion AN/028/2013 einstimmig zu **(s. Anlage)**.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7.3 Antrag der FDP-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen AN/030/2013

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag AN/030/2013 (**s. Anlage**) einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Die Wählbarkeitsvoraussetzungen von Herrn Waldemar Genergardt und Frau Sybille von Rauchhaupt als Bürgerliches Mitglied liegen vor.

**8. Bau der Kindertageseinrichtung Erlenhof
- Neue Zeitplanung und Risiken**

Stadtverordnete Brandt hält den Sachvortrag. Sie erklärt, dass entsprechend der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses vom 21.08.2013 Abs. 3 des Beschlussvorschlages wie folgt lauten muss:

„Der erforderlichen überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung nach § 95 f GO in Höhe von 1 Mio. € beim PSK 36515.0900000/Projekt 103 wird zugestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt per Beschluss vom 21.08.2013 eine Reduzierung der VE beim PSK 54600.0900000/Projektnummer 107 „Sanierung der P+R-Anlage Alter Lokschruppen“ in der gleichen Höhe.“

Sie plädiert dafür, dem Antrag zuzustimmen und die Infrastruktur für die ersten Familien, die dort einziehen, wie Kindergarten- und Krippenplätze, bereitzustellen.

Stadtverordnete Löwer spricht sich im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN dafür aus die VE des alten Lokschruppen, deren Förderung zurzeit noch nicht sicher ist, zunächst für die Kita zu verwenden.

Stadtverordneter Stukenberg befürwortet im Namen der FDP-Fraktion die Deckung durch die VE für den Alten Lokschruppen. Er hätte sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Prüfung der Vergabe an einen Generalunternehmer gewünscht.

Stadtverordnete Schmick erklärt, dass mit 2 Auflagen Risiken für die GU-Vergabe ausgeschaltet werden könnten. Mit dem Auftragnehmer der Firma sollte ein Zahlungsplan aufgestellt werden. Auszahlungen sollten ausschließlich nach diesem Zahlungsplan erfolgen.

Von dem Auftragnehmer sollte eine Vertragserfüllungsbürgschaft gefordert werden. Der Text für den Bürgschaftsgeber sollte vorgegeben werden.

Sie plädiert dafür, die Verpflichtungsermächtigungen zum Lokschruppen zu verschieben. 2013 dinglich erforderliche Sicherheitsreparaturen des alten Lokschruppen müssten gewährleistet sein.

Sie stellt dementsprechend nachfolgenden Antrag:

„GU-Vergabe mit Ausschaltung der Risiken durch 2 Auflagen:

1. Zahlungsplan maximal 85 % Auszahlung nur nach diesem Plan
2. Vertragserfüllungsbürgschaft fordern
3. Dingliche Sicherheitsreparaturen in 2013 beim Lokschruppen“

Stadtverordneter Koch erklärt, dass er beide Projekte „Lokschruppen“ als auch „Kita“ als erforderlich ansieht. Jedoch sind noch keine Fördermittel für den Lokschruppen bewilligt worden, sodass er einer Verschiebung zurzeit zustimmt. Selbst wenn die Fördermittel zugesagt werden würden, würde eine

zeitliche Umsetzung der Baumaßnahme „Alter Lokschuppen“ in diesem Jahr nicht realisierbar sein. Die Mittel für den Lokschuppen würden im Jahr 2014 im Haushalt wieder zur Verfügung gestellt werden.

Es folgen weitere Wortbeiträge des Stadtverordneten Bellizzi und Bürgermeister Sarach.

Stadtverordneter Egan vertritt die Auffassung, dass bei Verschiebung der VE für den Lokschuppen diese Haushaltsmittel vor 2015 nicht wieder zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass Aufträge der Verwaltung auf der Grundlage der VOB vergeben werden, d. h., dass das Verfahren nach bestimmten Regelungen abzuarbeiten ist, begleitet durch das Rechnungsprüfungsamt. Da diese Regelungen durch die VOB vorgegeben sind, kann über den Antrag in dieser Art und Weise nicht abgestimmt werden. Die Verwaltung ist verpflichtet, der Verkehrssicherungspflicht beim Lokschuppen nachzukommen, unabhängig ob eine Maßnahme geplant ist oder nicht.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Hansen, Hengstler und Koch.

Stadtverordneter Koch erklärt, dass 485.000 € für akute Sicherungsmaßnahmen für den Lokschuppen im Haushalt bereitstehen.

Stadtverordnete Schmick zieht ihren Antrag zurück.

Stadtverordneter Schmick beantragt eine getrennte Abstimmung über den Punkt 2 des Beschlussvorschlages wie folgt: Zu a) Die Fertigstellung der Kindertageseinrichtung im Baugebiet Erlenhof erfolgt spätestens zum 15.12.2014. Um diese Zielvorgabe zu erreichen, wird die Baumaßnahme über eine öffentliche Ausschreibung an einen Generalunternehmer vergeben, soweit diese rechtlich zulässig und die Bezuschussung der Maßnahme gesichert ist. 2 b) Sollten diese Voraussetzungen nicht erfüllt sein, ist die Maßnahme von der Stadt konventionell in Einzelgewerken auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	25 dagegen

Der Antrag auf eine getrennte Abstimmung ist somit abgelehnt.

Abschließend wird wie folgt über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

1. Dem geänderten Zeitplan zur Errichtung der Kindertageseinrichtung wird zugestimmt.
2. Die Fertigstellung der Kindertageseinrichtung im Baugebiet Erlenhof erfolgt spätestens zum 15.12.2014. Um diese Zielvorgabe zu erreichen, wird die Baumaßnahme über eine öffentliche Ausschreibung an einen Generalunternehmer vergeben, soweit diese rechtlich zulässig und die Bezuschussung der Maßnahme gesichert ist. Sollten diese Vo-

raussetzungen nicht erfüllt sein, ist die Maßnahme von der Stadt konventionell in Einzelgewerken auszuschreiben.

3. Der erforderlichen überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung nach § 95 f GO in Höhe von 1,0 Mio. € beim PSK 36515.0900000/ Projekt 103, wird zugestimmt. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt per Beschluss vom 21.08.2013 eine Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung beim PSK 54600.0900000/Projekt Nr. 107 „Sanierung der P + R-Anlage Alter Lokschuppen“ in der gleichen Höhe.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2013/091

9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 95 d GO für Personalersatz in der Kindertageseinrichtung Pionierweg

Stadtverordnete Brandt hält den Sachvortrag. Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2013/085

**10. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2013
- Beschluss über den 1. Nachtragsstellenplan 2013**

Stadtverordneter Hansen beantragt, über die beiden Stellen getrennt abzustimmen.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt, dass die CDU-Fraktion der Stelle in der Stadtkasse nicht zustimmen werde, um den Stellenplan nicht weiter auszuweiten, jedoch mit der Möglichkeit eine externe Beratung in Anspruch zu nehmen. Der Umwandlung der Stelle Nr. 133/2013 in eine Beamtenstelle im Tiefbau dagegen wird zugestimmt, da die Stelle bereits im Stellenplan 2013 ausgewiesen ist, Straßenwesen ein langfristiger Aufgabenbereich ist und sich ein guter ehemaliger Mitarbeiter mit kurzer Einarbeitungszeit beworben hat. Dem obigen Antrag auf Einzelabstimmung schließt sich Stadtverordneter Levenhagen im Namen der CDU-Fraktion an.

Bürgermeister Sarach führt zu den beantragten 0,8 Stellenanteilen für die Finanzbuchhaltung aus, dass die Verwaltung seinerzeit Sparkürzungsangebote von 1,2 Stellen mit Stellenanteilen, die aus verschiedensten Bereichen der Verwaltung entbehrlich seien, unterbreitet habe. Von den 1,2 Stellenanteilen sollten 0,8 Stellenanteile für die in der Vorlage vorgeschlagene Stelle befristet für 3 Jahre in Anspruch genommen werden. Er bittet, der Ausweisung einer zeitlich befristeten Stelle von 0,8 Stellenanteilen zuzustimmen.

Stadtverordneter Egan erklärt, dass die Verwaltung die Umstellung auf die Doppik unterschätzt habe, sodass Datenstrukturen und Prozesse noch nicht aufgebaut worden seien. Er appelliert an die Stadtverordneten, die Stelle für die Finanzbuchhaltung zu genehmigen.

Stadtverordneter Proske erklärt, dass für eine gute Dienstleistung und eine gute Verwaltung auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden müssen.

Stadtverordneter Schmick spricht sich für eine Verstärkung des Bauamtes im Straßenbau aus, jedoch nicht für die Bereitstellung der Stelle in der Finanzbuchhaltung, stattdessen jedoch für eine externe Vergabe. Ziel sollte eine Reorganisation und Verbesserung der Effektivität der Verwaltung sein.

Stadtverordnete Löwer erklärt, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Stelle der Finanzbuchhaltung – im Gegensatz zur Stelle im Fachdienst Straßenwesen – nicht zustimmen werden.

Stadtverordneter Bellizzi vertritt im Namen der FDP-Fraktion die Auffassung, dass vor einer Ausweitung des Stellenplans vorhandene Kapazitäten in der Verwaltung ausgeschöpft werden sollten und verweist auf eine durchzuführende Aufgabenkritik. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion die Stelle in der Finanzbuchhaltung ablehnen. Bei einer Umwandlung der Angestellten- in eine Beamtenstelle für das Straßenwesen sieht er Nachteile in der Personalführung durch eine stärkere Bindung bei einer Beamtenstelle.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Bürgermeister Sarach, Stadtverordnete Conring, Schmick und Hansen.

Anschließend wird dem Antrag des Stadtverordneten Hansen auf eine getrennte Abstimmung mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Über den Beschlussvorschlag wird wie folgt abgestimmt:

1. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2013 werden in der beigefügten Ausfertigung für die Stelle Nr. 46/2013 beschlossen:

Abstimmungsergebnis:	8 dafür
17 dagegen	
2 Enthaltungen	

Der Beschlussvorschlag ist somit abgelehnt.

2. Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2013 werden in den beigefügten Ausfertigungen für die Stelle Nr. 133/2013 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	24 dafür
2 dagegen	
1 Enthaltung	

Dem Beschlussvorschlag ist somit zugestimmt.

**11. Stiftung Schloß Ahrensburg
- Umwidmung der Zustiftung in einen Zuschuss für 2013**

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe plädiert für die Erhöhung des Stiftungskapitals für die Schlossstiftung. Das Stiftungskapital nicht zu erhöhen und stattdessen das Defizit des laufenden Betriebes zu decken, ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN keine Lösung. Bei einem Defizit der Schlossstiftung wäre dies über einen Nachtrag zu regeln.

Stadtverordneter Randschau erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen, jedoch in den nächsten Haushaltsberatungen beantragen wird, den Betrag in Höhe von 100.000 € in den laufenden Betrieb des Schlosses einzubringen und zusätzlich 100.000 € Stiftungskapital aufzubauen.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt, dass es seiner Auffassung nach rechtlich nicht zulässig sei, bei einem defizitären Haushalt Zustiftungen in die Stiftung einzubringen.

Bürgermeister Sarach erläutert, dass aufgrund der vertraglichen Grundlage die Zustiftung seitens der Stadt zu realisieren ist. Sofern dieses Schloss Bestand haben soll, muss die Stadt bestimmte Summen zwecks Erhaltung des Schlosses mittelfristig bereitstellen. Das Schloss hat im Vergleich zu anderen Museen einen außergewöhnlichen Kostendeckungsgrad von 60 %. Hauptproblem sei, dass das Stiftungskapital von Anfang an zu gering bemessen sei.

Stadtverordneter Koch erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass es zwar unerfreulich sei, aber aufgrund mangelnder Alternativen die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Das zu geringe Stiftungskapital könne im Hinblick auf das jährlich wachsende Defizit für die Entwicklung der letzten Jahre nicht Anlass allein sein. Es würden immer noch Verbesserungsmaßnahmen ausstehen.

Stadtverordneter Egan beantragt Ende der Debatte. Anschließend wird über den Antrag auf Ende der Debatte wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	7 dafür
	19 dagegen
	1 Enthaltung

Stadtverordneter Schmick beantragt anschließend Ende der Rednerliste. Dem Antrag auf Ende der Rednerliste wird mit

Abstimmungsergebnis:	24 dafür
	3 Enthaltungen

zugestimmt.

Es folgen daher noch Wortbeiträge durch Stadtverordnete Unger, Schubbert-von Hobe und Bürgermeister Sarach.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den Beschlussvorschlag wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

21 dafür

5 dagegen

1 Enthaltung

2013/081/1

12. Zuschuss zum Schleswig-Holstein Amateur-Jazz-Festival 2014 in Ahrensburg

Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

13 Änderung der rechtlichen Grundlage der Stadt dahingehend, dass Zirkusse, die Wildtiere besitzen, keine Genehmigung erhalten AN/032/2013

Stadtverordneter Dähnhardt beantragt im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die rechtliche Grundlage der Stadt Ahrensburg dahingehend zu ändern, dass zukünftig Zirkusse, die Wildtiere besitzen, keine Genehmigung mehr für das Ahrensburger Stadtgebiet erhalten. Mit dem Antrag soll erreicht werden, dass ein moderner Zirkus in Ahrensburg gastiert, jedoch nicht ein Zirkus, der Tiere nicht artgerecht halten kann.

Bürgervorsteher Wilde beantragt, den Antrag in den Umweltausschuss zu verweisen, da zurzeit keine Satzung bzw. Richtlinie für den Stormarnplatz bestehe und eine detaillierte Aufarbeitung der Nutzung im Ausschuss erfolgen sollten. Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN (AN 032/2013) wie folgt abgestimmt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die rechtliche Grundlage der Stadt Ahrensburg dahingehend zu ändern, dass zukünftig Zirkusse, die Wildtiere besitzen, keine Genehmigung mehr für das Ahrensburger Stadtgebiet bekommen. Zirkusse, die ausnahmsweise heimische und domestizierte Kleintiere besitzen, sollen weiter eine Genehmigung gegen eine Gebühr erhalten.“

Abstimmungsergebnis:

13 dafür

11 dagegen

3 Enthaltungen

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin